SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM WINTER 1962/63

Der 1. Siebenjahresplan existiert nicht mehr

Durch den Wirtschaftsablauf erzwungene Veränderungen der Wirtschaftspläne waren schon bisher in der mitteldeutschen Wirtschaft an der Tagesordnung. Wegen zu starker Rückstände war beispielsweise der 2. Fünf jahresplan nie zu Ende geführt, sondern während seiner Laufzeit in einen Siebenjahresplan umgebaut worden. Er sollte den Zeitraum von 1959 bis 1965 umfassen. Doch auch diesen Plan hat sein Schicksal vorfristig erreicht. In den sehr aufschlußreichen Diskussionen rings um den VI. Parteitag der SED ist bekanntgegeben worden, daß im Jahre 1964 ein neuer Siebenjahresplan beginnen werde, für dessen erfolgreiches Anlaufen der Volkswirtschaftsplan 1963 die notwendigen Voraussetzungen schaffen solle. Über den zu Grabe getragenen ersten Siebenjahresplan wird nicht mehr gesprochen.

Die Ursachen für eine so radikale Maßnahme können nur in den sehr schweren Störungen, unter denen der Wirtschaftsablauf in den letzten anderthalb Jahren zu leiden hatte, gesehen werden. Über diese Störungen ist an dieser Stelle immer wieder berichtet worden. Sie haben sich zu einem erheblichen Teil als zwangsläufige Begleiterscheinungen des Systems ergeben. Selbst nach offizieller Darstellung aus Ostberlin haben sich in den letzten Jahren Disproportionen entwickelt und sind schwerwiegende Fehlentwicklungen festzustellen. Da dies nicht sein kann, weil es nicht sein darf, suchen die Planwirtschaftler der SBZ die Schuld für das Versagen ihres Systems woanders. *Ulbricht* gab mit dem Stichwort „offene Grenze“ den großen Sündenbock an. Damit ist der Zustand an den Sektorengrenzen innerhalb Berlins bis zum 13. August 1961 gemeint. Die relative Freizügigkeit, die dieses kleine Loch in der seit dem Sommer 1952 verbarrikadierten Zonengrenze von der Lübecker Bucht bis zum Fichtelgebirge noch gestattete, soll das Funktionieren des angeblich überlegenen Wirtschaftssystems der SBZ entscheidend gestört haben. Wollte man dieses unsinnige Argument ernst nehmen, so müßte man vor der Widerstandskraft der westlichen Wirtschaftssysteme ehrfürchtig erstarren; denn über deren nach allen Seiten „offene Grenzen“ sind ganz andere Einflüsse möglich als über die sogenannte Grenze in Berlin bis zum 13. August 1961.

Ulbricht führte dazu aus: „In der Zeit der offenen Grenze, als es den westdeutschen Imperialisten gelang, den von uns begonnenen friedlichen ökonomischen Wettbewerb in einen erbitterten kalten Wirtschaftskrieg gegen die DDR umzuwandeln, hatte die DDR bedeutende materielle Verluste, und es war auch nicht möglich, die ökonomischen Gesetze (des Sozialismus) richtig zur Wirksamkeit zu bringen.“ Hochqualifizierte Arbeitskräfte seien in Massen abgeworben und dadurch wissenschaftlich-technische Entwicklungsarbeiten erschwert und die Fertigstellung wichtiger Investitionsvorhaben verzögert worden. Ganze Schmugg-

lerbanden seien organisiert worden, um Waren nach Westberlin zu verschieben. Die Handelsbeziehungen zu westdeutschen und anderen westlichen Firmen seien gestört oder gar blokkiert worden. Dies werde den westdeutschen „Saboteuren" durch die Mauer künftig unmöglich gemacht. Mit der Feststellung: „Nach der Sicherung unserer Staatsgrenze hat der Gegner nicht mehr die Möglichkeit, in dieser Form den Wirtschaftskrieg weiterzuführen", hat Ulbricht nicht nur den Partner des von ihm dringend benötigten Interzonenhandels beleidigt, sondern sich selbst auch der Möglichkeit beraubt, für das künftige Versagen die Sündenböcke im Westen suchen zu können.

Ohne eine solche Konsequenz zu bedenken, hat er unmittelbar im Anschluß an seine obigen Bemerkungen auf dem SED-Parteitag bereits auf neue Gefahren hingewiesen: „Trotz einer Reihe günstiger ökonomischer Ergebnisse bleibt die harte Tatsache bestehen, daß die wichtigsten Investvorhaben der führenden Industriezweige nicht planmäßig vorankommen. Dieser Mangel kann zu einer ernsten Gefahr für das gute Anlaufen des neuen Perspektivplanes werden."

Schwere Störungen im Wirtschaftsablauf

Diese düstere Prognose ist berechtigt. Der Plan 1962 ist nur mangelhaft realisiert worden. Die industrielle Bruttoproduktion sollte um 5,8 vH auf einen Wert von 80,1 Mrd. DM zunehmen; erreicht wurde ein Wert von 79,8 Mrd. DM bei einer Zuwachsrate von 5,4 vH und bei einer von der geplanten in vielen Bereichen erheblich abweichenden Struktur der Produktion, so daß die vorhandenen Disproportionen weiter wuchsen. Welch fragwürdigen Wert die Messung der Bruttoproduktion hat, ist in der Diskussion um die Anregungen des Charkower Prof. *Liberman* eindeutig festgestellt worden (vgl. Heft 12/1962 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, *S.* 747 ff.). Auch die Qualität der Industrieerzeugnisse ist sehr unterschiedlich. Im Dezember 1962 lagerten bei den staatlichen Außenhandelsorganisationen nicht absetzbare Exportgüter im Wert von 145 Mill. Valutamark, obwohl für den Export besonders strenge Gütemaßstäbe angelegt werden sollen. Noch schwerer belastet die qualitätsgeminderte Produktion das Güterangebot im Inland. Dies läßt sich unter anderem aus der Forderung des Planes 1963 ableiten: „Die Kosten für Ausschuß, Nacharbeiten und Garantieleistungen sind gegenüber 1962 um mindestens 20 vH zu senken."

Die Investitionsquote konnte 1962 nicht erhöht werden, sondern sie sank; nicht etwa zugunsten des privaten Verbrauchs, sondern allein zugunsten des Staatsverbrauchs, der 1962 um rund 15 vH zunahm. 1961 sollen vom verfügbaren Volkseinkommen nur 20 vH investiert worden sein, 1962 waren es nach Ulbricht nur 18 vH und 1963 sollen es 20,3 vH werden, während für 1970 eine Quote von 24 vH geplant ist. In der Sowjetunion, der CSSR und Polen soll sie inzwischen 25 und 30 vH liegen. Auch hierbei ist zu bedenken, daß die Aussagekraft der Quoten allein recht gering ist, weil es ausschließlich auf ihre volkswirtschaftliche Effizienz ankommt, die in der SBZ schon immer durch Fehlinvestitionen, „Investitionsruinen" und andere Auswirkungen des Fehlens jeder echten Kostenrechnung erheblich geschmälert worden ist.

Insgesamt sollten 1962 16,5 Mrd. DM investiert werden, davon 44,5 vH in der Industrie, 13,2 vH im Wohnungsbau (für 90 000 Wohnungen), 10,3 vH in der Landwirtschaft und 1,7 vH in den Bereichen Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen. Verwirklicht wurde nur ein Wert von 15,7 Mrd., ohne daß seine Aufteilung auf die einzelnen Sektoren erläutert wurde. Erhebliche Einbußen erlitt der Wohnungsbau.

Die Arbeitsproduktivität, deren Niveau Ulbricht mit 25 vH unter dem in Westdeutschland erreichten angab, soll 1962 um 9 vH gewachsen sein.

Der Warenumsatz im Außenhandel war mit 19,4 Mrd. VDM[1]) geplant. Bei einer Erhöhung des Defizits auf etwa 1 Mrd. VDM, weil die Einfuhr entgegen dem Plan auf rund 10,1 Mrd. gesteigert wurde und die Ausfuhrleistung mit 9,1 Mrd. nicht das gesteckte Ziel erreichte, ergab sich ein Umsatz von 19,2 Mrd. VDM. Der Inlandswarenumsatz zur Versorgung der Bevölkerung blieb sogar um etwa 1,5 Mrd. DM unter dem Planansatz. Die schwere, anhaltende Versorgungskrise im Bereich der Ernährung, im Zuge derer die Rationierung von Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch weiter verschärft worden ist, kommt in diesen Zahlen nicht einmal voll zum Ausdruck. Trotzdem verstieg sich Ulbricht auf dem Parteitag der SED wieder zu der Behauptung, der Butterverbrauch je Kopf sei in der SBZ „immer noch erheblich höher als in Westdeutschland". Obwohl über die Erfüllung des abgelaufenen Jahres kein amtlicher Bericht mehr veröffentlicht wird, ist nach den Planansätzen 1962 und 1963 zu erkennen, daß bei dem Aufkommen an Schlachtschweinen mehr als 100 000 t fehlten [2]).

Der ungewöhnlich harte Winter hat den Übergang zum Wirtschaftsjahr 1963 zusätzlich erschwert. Die starken Störungen im Braunkohlentagebau ziehen zwangsläufig Kettenreaktionen nach sich, die durch die Auswirkungen in der Energieerzeugung, die wie die Eisenbahn — der Hauptverkehrsträger der SBZ —

1) Valutamark (für den Außenhandel bestimmte Währungseinheit).

2) Anfang Februar 1963 wurde das Landwirtschaftsministerium aufgelöst und völlig neu organisiert.

völlig von der Braunkohle abhängig ist, die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Drastische Einschränkungsmaßnahmen konnten bisher die Situation nicht bessern. Auch die vorgesehenen Steinkohleeinfuhren aus der Sowjetunion und Polen fielen wegen der dort blockierten Transportwege und wegen des sprunghaft erhöhten Eigenbedarfs aus. Viele Betriebe in den Industriezweigen Schwarzmetallurgie, Gießereien, Baustoffe, Holz, Papier, Polygraphie, Textil, Glas, Keramik sowie im Bauwesen mußten stillgelegt werden. Die Belegschaften erhielten Arbeitsverpflichtungen in den Betrieben der Kohleindustrie, der Energiewirtschaft, des Transportwesens und der Wasserwirtschaft. Universitäten, Fach- und Überschulen wurden schon im Januar in zunehmendem Maße geschlossen. Am 4. Februar wurde der gesamte Schulbetrieb in der SBZ eingestellt.

Auch die westdeutsche Wirtschaft hat unter den Folgen dieses Winters zu leiden. Ein planwirtschaftliches System ist aber von Haus aus viel unelastischer. Es rechnet mit einem zügigen, störungsfreien Wirtschaftsablauf und verzichtet daher weitgehend auf die Festlegung von Geldmitteln in Reserven und Lagern. Die vielgeschmähten Kohlehalden im Ruhrgebiet wirken jetzt aus der Sicht der SBZ-Wirtschaft wie eine Fata Morgana. Da entscheidende Maßnahmen, auch von heute auf morgen notwendig werdende Gegenmaßnahmen gegen die Folgen des Winters, von dem Kommando der obersten Lenkungszentrale abhängig sind, haben der Einfallsreichtum und die Initiative des einzelnen keinen Spielraum. Schon heute läßt sich sagen, daß die im ersten Quartal dieses Jahres zu verzeichnenden Ausfälle und Schäden bis zum Ende dieses Planzeitraumes nicht mehr aufzuholen sind. Damit ist der 1964 beginnende Siebenjahresplan mit einer drückenden Hypothek belastet. Erschwerend kommt hinzu, daß bisher aus der Diskussion um die dem Rechenwerk dieses Systems im weitesten Sinne anhaftenden Mängel keine Konsequenzen gezogen worden sind. Die „Liberman-Debatte“ ist aus der Tagespresse verbannt. Dafür lassen sich zwei Ursachen vermuten: die Scheu vor der dialektischen Brisanz seiner Vorschläge und die Erkenntnis, daß grundlegende Änderungen in der Planung und Wirtschaftsabrechnung in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Anspannung nicht zu bewältigen wären.

Volkswirtschaftsplan 1963

Trotz der durch all diese Einflüsse bedingten und so fast unvermeidbaren Verzerrungen und Unschärfen in den Konturen des diesjährigen Wirtschaftsplanes sollen seine hauptsächlichsten Vorhaben hier kurz dargestellt werden.

Die Industrieproduktion soll um 6,3 vH auf einen Wert von 84,9 Mrd. DM zunehmen bei einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 7,2 vH. Die exportintensiven Industriezweige sollen die stärksten Wachstumsraten erreichen. Daß die geplante Steigerung des Exportvolumens um 15,4 vH jedoch zu realisieren sein wird, ist kaum zu erwarten. Mehr als 10 vH Zuwachs ist für die Produktion von Metallwaren, elektrotechnischen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, ferner von Maschinen aller Kategorien vorgesehen; zwischen der Gesamtrate von 6,3 vH und 10 vH sind geplant: Schiffbau, Baustoffe und chemische Industrie, Glas, Keramik, Fahrzeugbau und Energieerzeugung. Alle anderen Produktionszweige — also wiederum vorwiegend die Bereiche der Konsumgütererzeugung — sollen unter dem Durchschnitt bleiben.

Für die letzteren sollen erstmalig im Jahre 1963 Quartalspläne „zur Anpassung an die Veränderungen des Bedarfes der Bevölkerung“ erstellt werden. Das könnte ein echter Schritt nach vorn sein. Dagegen spricht leider, daß der für 1963 geplante Warenumsatz zur Versorgung der Bevölkerung mit 48,6 Mrd. DM noch um 400 Millionen niedriger liegt, als er ursprünglich im Jahre 1962 erreicht werden sollte. Außerdem enthält das Plangesetz folgenden Passus: „Im Jahre 1963 ist bei einer Reihe von Waren keine Verbesserung gegenüber dem Jahre 1962 möglich. Das bezieht sich vor allem auf solche Erzeugnisse, die wir aus kapitalistischen Ländern importieren, wie Südfrüchte, Kaffee und Kakao.“ Welche engen Grenzen darüber hinaus der Bedarfsanpassung der mitteldeutschen Konsumgüterproduktion gezogen sind, lassen Ulbrichts Ausführungen zum Thema Lebensstandard auf dem Parteitag der SED klar erkennen. „Wir müssen davon ausgehen, daß wir in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus noch nicht einen Überfluß an Waren produzieren können, daß es in dieser Etappe noch nicht möglich ist, alle vorhandenen Wünsche zu jeder Zeit und in jedem Umfang zu erfüllen.“ Welchen Druck der Plandirigismus auf alle Verbraucherwünsche ausübt, hat er folgendermaßen umschrieben: „Es ändern sich viele aus dem Kapitalismus übernommene Verbrauchsvorstellungen, und es beginnen sich neue Bedürfnisse sozialistischer Art zu entwickeln.“

Noch eindeutiger als schon bisher werden Investitionen der Industrie zugute kommen. Ihr Anteil am Investitionsvolumen soll auf 46,2 vH wachsen. Besondere Anstrengungen gelten dem Maschinenbau, bei dem die Investitionen um fast 22 vH höher als im Vorjahr angesetzt worden sind. Der Anteil der metallverarbeitenden Industrie, dessen Rückgrat der Maschinenbau darstellt, soll im Jahre 1963 auf 35 vH der gesamten Industrieproduktion steigen und im Jahre 1970 sogar 42 vH er-

reichen. Von den auf insgesamt 16,86 Mrd. DM geplanten Investitionen sollen zwar wie im Vorjahre wieder 13,2 vH in den Wohnungsbau fließen, aber gleichzeitig wurde angeordnet, daß „ein Teil der Kapazitäten des Hochbaus und des Wohnungsbaus auf Industriebau und besonders auf Tiefbau umzustellen“ seien. Die Zahl der zu bauenden Wohnungen ist radikal gekürzt worden und soll nunmehr bei 76 800 Einheiten liegen. Das läßt auf stark gestiegene Baukosten schließen, obwohl Lohnerhöhungen nur in verschwindend geringem Umfange vorgesehen sind. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen darf nicht über 49 bis 50 qm hinausgehen. Das gilt ganz ausdrücklich auch für das bisher eindeutig bevorzugte Gebiet von Ostberlin. Die Durchschnittsgröße im sozialen Wohnungsbau in Westberlin wird dagegen nach einem ständigen Ansteigen in diesem Jahre die 60-qm-Grenze übersteigen. „Der Bau von Einfamilienhäusern ist im Plan nicht vorgesehen, weil wir die Kräfte vor allem auf Typen und standardisierte Bauelemente konzentrieren müssen“, betonte Planungschef *Mewis* bei der Erläuterung des neuen Planes vor der Volkskammer. Seine Absetzung hat an diesem Prinzip natürlich nichts geändert.

Der Zwang zur Erweiterung des Potentials an Arbeitskräften hat im *Schulwesen* der SBZ zu einer bemerkenswerten Neuerung geführt, die Parallelen zu ähnlichen Regelungen in einzelnen Zweigen des Schulwesens der USA erkennen läßt. Die in die 9. Klassen der erweiterten Überschule aufgenommenen Schüler werden 1963 erstmals alle mit einer Berufsausbildung beginnen, um gleichzeitig mit dem Abitur die Ausbildung als Facharbeiter abzuschließen. Die Wahl der Berufsausbildung ist allerdings in der SBZ nicht in das Belieben des einzelnen Schülers gestellt, und mit dem Abitur hat er noch lange keinen Anrechtsschein auf einen Platz in einer Hochschule in der Tasche. Außerdem sollen 1963 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Schüler der 9. Klassen der zehnklassigen polytechnischen Überschulen bereits eine berufsvorbereitende Grundausbildung erfahren können.

Eine organisatorische Maßnahme soll noch erwähnt werden, obwohl derartigen Umformungen bisher kaum nennenswerte Erfolge beschieden waren. Die einzelnen Staatsbetriebe, die in sogenannten Vereinigungen volkseigener Betriebe zusammengefaßt sind, verlieren bestimmte Leitungsfunktionen an neugebildete Kombinate, an Leitbetriebe und an die Vereinigungen selbst, die zu einer Art „sozialistischem Konzern“ werden sollen. Dadurch sollen die Betriebe straffer als bisher geführt werden können.

Das Qualitätsproblem in der Produktion

Von weit stärkerer Auswirkung wäre eine Maßnahme, die aufgrund bezeichnender Erfahrungen der Präsident des „Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung“ in Ostberlin kürzlich vorgeschlagen hat. Sie hat zum Ziel, die in den Betrieben für die Durchführung der Gütekontrolle verantwortlichen Abteilungsleiter unmittelbar dem Ostberliner Amt zu unterstellen, um sie allen „Anfechtungen“ von Seiten der Betriebsleitungen zu entziehen, für die die Arbeit der Gütekontrolle eine latente Gefahr für die Planerfüllung bedeutet. Es gäbe Werkleiter, die sich in Selbstbetrug flüchten und an Stelle wirksamer Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung den Gütekontrolleur zu geringeren Maßstäben bei der Qualitätsprüfung veranlassen. In dem bekannten „Sachsenwerk Dresden-Niedersedlitz“ hatten unlängst die Gütekontrolleure bei der Produktion von Aluminium-Druckguß-Einheitsmotoren in der Endkontrolle eine Ausschußquote bis zu 60 vH festgestellt, was zur Folge hatte, daß der Fabrikleiter eine Senkung des Qualitätsmaßstabes anordnete. Im Kunstseidenwerk „Siegfried Rädel“ in Pirna wurde der Kontroll-Leiter sogar seines Postens enthoben, weil er angeblich zu strenge Maßstäbe anlegte. „Ein wichtiges Wort sollte er bei der Festlegung von Prämien mitsprechen“, regte der Präsident, Dr. *Lilie*, an. „Bei Verstößen gegen Qualitätsforderungen und der Produktion von Ausschuß muß er die Möglichkeit haben, Einspruch gegen die festgelegten Prämien geltend zu machen. Das sollte sich auch auf die Prämien leitender Mitarbeiter und des Werkleiters beziehen.“

Weil die Auslese eines freien Wettbewerbs fehlt, wird zwar ständig gefordert, das „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ zu aktivieren, aber das gilt bisher offenbar überwiegend nur in der Richtung, Prämien zu zahlen, nicht aber einzuschränken, wenn Mängel das notwendig machen, wie die erwähnten Beispiele beweisen.

Immer wieder klagen die Maschinenbaubetreibe der SBZ über die schlechte Arbeit der Gießereien. So belieferte die Gießerei Torgelow den VEB-Großdrehmaschinenbau „7. Oktober“, Ostberlin, in den letzten Monaten des vorigen Jahres mit 30 Schiebegabeln, von denen 10 Totalausschuß waren, mit 30 Schalttrommeln bei 12 Stück Ausschuß, mit 90 Flanschlagern bei 62 Stück Totalausschuß, mit 139 Schneckenrädern und 160 Radkörpern, von denen 78 bzw. 116 Stück Totalausschuß darstellten. Leistung ohne echten Wettbewerb muß jeder Wirtschaftsentwicklung schaden, denn dann tritt zwangsläufig die Quantität an die Stelle der Qualität. Dies hat die mitteldeutsche Industrie im vergangenen Jahr bei der Produktion für den Außenhandel empfindlich gespürt. *Leusebner* sagte dazu: „Heute haben wir eine andere Lage als vor drei oder vier Jahren. Auf den Weltmärkten haben sich große Veränderungen vollzogen. Es gibt eine außerordentlich scharfe Konkurrenz,

und im wesentlichen können wir nur bestehen, wenn wir in großem Umfange mit Spitzenerzeugnissen auf den Markt treten.“ Es gibt kaum ein Industriegebiet, das so wie Mitteldeutschland in seiner durch die Sowjetunion erzwungenen Isolierung von Westdeutschland von der Ergänzung durch einen reich gegliederten Außenhandel abhängig ist. Bei dieser Sachlage muß die durch das planwirtschaftliche System herbeigeführte Abkehr von einer echten Konkurrenz zu schwerwiegenden Folgen führen, weil selbst bei noch so perfektionierter Planung ein isoliertes Nebeneinander von Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft mit unterschiedlichen Leistungsmaßstäben eine utopische Konstruktion bleiben muß.

Wo allerdings das Interesse der Sowjetunion unmittelbar berührt ist, wird Qualitätsleistung erzwungen. Nach sowjetischen Unterlagen ist innerhalb von zweieinhalb Jahren von Fachleuten der SBZ ein Ringzonenforschungsreaktor mit 10 kW Leistung projektiert, gebaut und im Dezember 1962 im Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden in Betrieb genommen worden. Fünf Jahre vorher war der erste 2000-kW-Reaktor angelassen worden. Der neue Forschungsreaktor soll für die spätere Kernenergiegewinnung wertvolle Erkenntnisse bringen. 50 vH der verfügbaren Strahlungskapazität in Rossendorf werden für die Isotopenproduktion verwendet. Damit sei die SBZ der viertgrößte Isotopenproduzent der Welt, wurde von der Institutsleitung bekanntgegeben.

Auch die vier Pumpstationen, die die SBZ in diesem Jahre für die Pipeline-Strecke von Mosyr bis zur russisch-polnischen Grenze liefern muß, dürften kaum mit Mängeln behaftet sein. Diese Teilstrecke von 457 km Länge wird mit aus Mitteldeutschland gelieferten Rohren bestückt werden. Bis Ende dieses Jahres soll die Leitung von Kuybischew bis Brest fertiggestellt sein. 1964 soll bereits das Erdöl vom Ural bis nach Schwedt an der Oder durch die Leitung fließen. Nach sowjetischen Erklärungen würde sich ein Lieferstopp von Rohren aus Japan und Westeuropa hierauf nicht auswirken, da die eigenen Kapazitäten vollauf reichten. Selbst wenn das zutreffen sollte, was kaum angenommen werden kann, bleibt Mitteldeutschland das letzte Gebiet, das an die Erdöl Verbundleitung angeschlossen wird; denn die Tschechoslowakei und Ungarn sind bereits 1962 mit der Pipeline verbunden worden.

Dann beginnt der entscheidende Abschnitt bei der Umstellung der chemischen Industrie von der Braunkohle auf das sowjetische Erdöl. Die Abhängigkeit der mitteldeutschen Wirtschaft von der UdSSR wird dadurch außerordentlich verstärkt. *Dr. Walter Meier*